

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Stefan Ziller (Bündnis 90/ Die Grünen)

vom 27. August 2009 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. August 2009) und **Antwort**

Unendliche Geschichte: Behindertengerechter Zugang am S-Bhf Marzahn und S-Bhf Biesdorf?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie bewertet der Senat die Situation am S-Bahnhof Marzahn, der bis heute entgegen diverser Versprechungen noch keinen behindertengerechten Zugang hat?

Antwort zu 1.: Der S-Bahnhof Marzahn ist seit 2005 von dem vorhandenen Wohngebiet Marzahn, dem dortigen Straßenbahn- und Omnibus-Knoten und dem Einkaufscenter barrierefrei erreichbar.

Frage 2: Was hat der Senat im Jahr 2009 getan, um hier Abhilfe zu schaffen?

Frage 3: Hat der Senat den Bezirk in seinen diesbezüglichen Bemühungen unterstützt? Wenn ja: wie? Wenn nein: warum nicht?

Frage 4: Was wird der Senat tun, um den längst überfälligen behindertengerechten Zugang zu errichten?

Antwort zu 2., 3. und 4.: Entfällt, vgl. Antwort zu Frage 1.

Frage 5: Wie bewertet der Senat die Situation am S-Bahnhof Biesdorf, der bis heute entgegen diverser Versprechungen noch keinen behindertengerechten Zugang in Richtung Mahlsdorf hat?

Frage 6: Was wird der Senat tun und was hat der Senat getan, um den längst überfälligen behindertengerechten Zugang zu errichten?

Antwort zu 5. und 6.: Der Senat drängt regelmäßig die hierfür zuständige Deutsche Bahn AG, den barrierefreien Ausbau des S-Bahnnetzes voranzutreiben.

Nach aktueller Aussage der Deutschen Bahn AG erhält der S-Bahnhof Biesdorf im Rahmen des Konjunkturprogramms im Jahr 2010 zwei Personenaufzüge. Der Senat hat in Abstimmung mit dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf bei der Deutschen Bahn AG einen dritten, außerhalb der Bahnanlagen liegenden Aufzug bestellt, der zeitgleich errichtet wird und eine vom Eisenbahnbetrieb unabhängige barrierefreie Erschließung des Wohngebietes ermöglicht.

Berlin, den 29. September 2009

In Vertretung

K r a u t z b e r g e r

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Oktober 2009)